

Rassismus geht unter die Haut

Der erstarkende Rechtspopulismus stellt die Beratung von Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt vor besondere Herausforderungen

Im Jahr 2016 wurde response, die erste hessenweite Fachberatungsstelle für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt, in der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main eröffnet. In diesem Beitrag werden, gespeist aus den Erfahrungen der Beratungsarbeit, die Herausforderungen und Notwendigkeiten der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischer Agitation und rechter Gewalt und die Wahrnehmung und Unterstützung der Betroffenen deutlich gemacht. Der Artikel steht im Kontext des AdB-Jahresthemas 2017 „Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation“. von Eva Berendsen und Olivia Sarma

Ein deutscher Fußballprofi wird von AfD-Spitzenpolitiker *Alexander Gauland* exklusiv für seine sportliche Leistung gelobt: „Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben.“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 29. Mai 2016). Einer deutschen Flugbegleiterin wird von ihrem Vorgesetzten mit Verweis auf die Herkunftsländer ihrer Eltern ein Witz erzählt, in dem das N*Wort fällt. Der Vorgesetzte lacht laut. Einer Frau wird in einem Supermarkt im Rhein-Main-Gebiet von einer anderen Kundin das Kopftuch heruntergerissen, sie selbst zu Boden gestoßen. Ein junger Mann, der aus dem Irak geflüchtet ist, geht in einer Gemeinde in Nordhessen Zigaretten holen, wird angegriffen, mit dem Messer attackiert und schwer verletzt (Beratungsfälle von response).

So unterschiedlich diese Szenen sind, die sich in jüngerer Zeit abgespielt haben, so verweisen sie doch im Kern auf dasselbe: Die sogenannte Flüchtlingskrise seit Sommer 2015 hat Anlass geboten, um die Definition von Deutschland abermals zur Debatte zu stellen sowie Zugehörigkeit und Ausschluss wieder neu abzustecken. Das Verständnis von Nation als kulturell homogener Einheit, die durch „fremde kulturelle Einflüsse“ bedroht ist, hat im Zuge des

erstarkenden Rechtspopulismus eine Renaissance erlebt. Im Anschluss an die Kölner Silvesternacht und die Terrorattacken von Paris, Brüssel, Berlin und Manchester wurden antimuslimische Ressentiments sowie mit dem Islam und mit Muslimen verknüpfte Bedrohungsszenarien umso deutlicher in die Debatte gespeist. In gewisser Gleichzeitigkeit zu diesen Diskussionen über Inklusion und Exklusion, in denen rechtspopulistische Positionen der eigenen Opfererzählung zum Trotz alles andere als marginalisiert wurden, hat eine enorme Abwehr des vermeintlich „Fremden“ stattgefunden, die sich allerdings nicht „bloß“ im Diskursiven erschöpft, sondern sich durch eine Zunahme der tätlichen Angriffe auf Menschen gewaltsam entlädt, die angeblich aufgrund ihrer Hautfarbe, bestimmter Merkmale oder Kleidungscode dem deutschen, christlich apostrophierten Kollektiv nicht zu entsprechen scheinen. Der *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt* (VBRG) dokumentiert einen Anstieg rechter Gewalt von 1.056 im Jahr 2015 auf 1.306 Angriffe im Jahr 2016 – das sind mindestens fünf Angriffe pro Tag. Der aktuelle Verfassungsschutzbericht zählt für 2016 1.190 Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund (2015: 918). Speziell die Straftaten →

im Zusammenhang mit Asylbewerberunterkünften haben zugenommen. In der Kriminalstatistik werden diese Angriffe erst seit 2014 explizit erfasst. Mit 907 Straftaten für das Jahr 2016 liegt die Gesamtzahl leicht über denjenigen des Vorjahres (894).¹

Die Ausmaße rechter Gewalt stellen die Beratung von Betroffenen vor eine enorme Herausforderung: Jeder Fall ist aktuell eingebettet in ein diskursives Geflecht, in denen Haltungen und Bilder des Ausschlusses mit Verunsicherungsanlässen eng verwoben sind – von Debatten über die neue deutsche Leitkultur, den mitunter gewaltsamen Szenen von Protesten gegen Unterkünfte für Geflüchtete bis hin zu den Nachrichten über das deutliche Aufrüsten rechtsterroristischer Gruppen und sogenannter Reichsbürger mit Waffen, während die Hoffnung auf eine umfassende Aufklärung der rassistischen Mordserie des *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU) nach dem Vertuschen, Schreddern und Schweigen beteiligter Behörden und Akteurinnen/Akteure wiederum längst erloschen ist. Für Beratungsnehmende ist die Botschaft deutlich und klar: Du gehörst hier nicht her, wir wollen dich nicht als Nachbarn haben – zum Beispiel weil du schwarz bist, weil du ein Kopftuch oder eine Kippa trägst, weil du nur mehr geduldet hier lebst. Zugleich kommen rechtspopulistische Argumentationen, Haltungen und Äußerungen selbstverständlich nicht aus dem Nichts – die Phrase der „Gastarbeiter“ soll hier als Verweis darauf genügen, wie Deutschland sich auf spezifische Weise lange Zeit schwer getan hat und es offensichtlich immer noch tut, anzuerkennen, eine Migrationsgesellschaft zu sein (vgl. Foroutan 2015). Das bedeutet für die Beratungsarbeit mit Betroffenen rechter Gewalt zusätzlich zur Unterstützung nach einem Angriff damit umzugehen, dass die Beratungsnehmenden in den meisten Fällen oft Jahre lang weniger sichtbaren und subtilen Formen von Rassismus ausgesetzt waren – rassistischen Mikroaggressionen im Alltag, in der Sprache, im Miteinander sowie institutionellem Rassismus, den sie in Ämtern, Behörden, auf der Job- und Wohnungssuche erleben. Beratung muss mit diesen Spezifika rechter Gewalt und ihren Folgen eng verknüpft werden.

Wenn Feindbilder sagbar werden

Zeitgleich mit dem Erstarken des Rechtspopulismus nehmen anti-muslimische und rassistische Bilder und Ar-

1 Vgl. www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/07/vorstellung-verfassungsschutzbericht-2016.html (Zugriff für diesen und alle weiteren Links: 03.07.2017)

gumente in der Öffentlichkeit zu. Sie scheinen zunehmend sagbar zu werden. Eines von vielen Beispielen aus der Berichterstattung ist ein Kommentar im SAT1-Frühstücksfernsehen zum Sexualmord einer jungen Frau in Freiburg, die von einem Geflüchteten vergewaltigt und umgebracht wurde. Der Kommentator spricht da von „hunderttausenden jungen Männern aus einem mittelalterlichen Kulturkreis mit krudem Frauenbild und Unterwerfungsphantasien“, die er als Bedrohung für die deutsche Frau zeichnet.² Zum Jahreswechsel 2016/2017 folgte dann die Debatte über „Nafri“, nachdem ein polizeiinterner Code für sogenannte Nordafrikanische Intensivtäter öffentlich wurde: Während einerseits die rassistische Fahndungspraxis von Behörden offengelegt und die Bildung der „Nafri“-Gruppe, die sich wenig nordafrikanisch bis Irak und Afghanistan erstreckt, kritisch diskutiert wurde, hatten andererseits Politiker wie Verkehrsminister *Alexander Dobrindt* dieses problematische Akronym schon längst wie selbstverständlich in ihr Vokabular eingepflegt. Im „Boateng“-Interview sagte *Alexander Gauland*, unter den AfD-Mitgliedern gebe es die Sorge, „dass eine uns fremde Religion sehr viel prägender ist als unsere abendländische Tradition“. Dazu bemerkten die Redakteure der FAS später: „Boateng ist allerdings nicht Muslim, sondern gläubiger Christ.“³ Menschen, die nicht als Teil der Mehrheitsgesellschaft gelesen werden, werden durch (absichtsvolle) Verkehungen, durch Sprachformeln wie Flut oder Strom, durch fehlerhafte Zahlen und Statistiken, durch Gleichsetzungen mit Kriminellen als Gefahr konstruiert. Nach dem Hessentrend von Januar 2017⁴ glaubt mehr als jeder Zweite, dass durch den Zuzug von Geflüchteten der Einfluss des Islam in Deutschland zu groß würde. Auch jeder zweite ist der Meinung, dass die Straftaten zunehmen und jedem Dritten macht der Zuzug von Geflüchteten Angst. Der Diskurs um Geflüchtete ist einseitig, die Geschichte, die über Flucht und Asyl wirksam erzählt wird, ist eine Geschichte der Bedrohung und Gefahr, die eine Basis bildet für das zunehmende Unsicherheitsgefühl von Menschen, die als Geflüchtete, Muslime oder Fremde wahrgenommen werden.

Nachdem spektakuläre Fälle rassistischer Gewalt wie in Freital oder Clausnitz zunächst stark in den Medien präsent waren, deutet sich inzwischen ein Rückgang der Be-

2 www.youtube.com/watch?v=5mJaxMbiS70

3 www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-vize-gauland-beleidigt-gerome-boateng-14257743.html

4 Vgl. http://hessenschau.de/gesellschaft/hessentrend-fluechtlinge-100-_p-1.html



Fachtagung der Beratungsstelle response Foto: F. Schmitt

richterstattung über rechte und rassistische Vorfälle an (vgl. Kraske 2017) – ohne dass die Behörden Entwarnung meldeten. Im Gegenteil: Im Jahr 2016 wurden allein in Hessen 840 Straftaten gezählt, die das Landeskriminalamt als rechtmotiviert eingestuft hat, das sind fast 20 % mehr als im vergangenen Jahr. Abschwächend wird häufig betont, dass etwa die Hälfte davon Propagandadelikte seien. Die Dimension ist dennoch alarmierend und bestätigt den Eindruck aus der Beratungsarbeit in Hessen: Betroffene berichten, dass sie im öffentlichen Raum angefeindet werden und dass sie zunehmend offene und subtile Beleidigungen erleben. Sie beobachten außerdem, dass es wenig Empörung gibt, wenn Menschen sich zum Beispiel rassistisch gegenüber Geflüchteten äußern. Sie berichten von ständiger Hab-Acht-Stellung, sich nicht verdächtig zu machen, unauffällig zu bleiben. Aufgrund der Spezifik rechter und rassistischer Gewalt ist zu vermuten, dass viele Taten – vor allem in den Bereichen Nötigung und Bedrohung – nicht angezeigt werden und somit ungesehen bleiben, da diese für Betroffene zu den Rassismen gehören, die sie alltäglich auszuhalten haben.

Wenn Rassismus krank macht:

Rassistische Mikroaggressionen und Trauma

Rassismus unterscheidet und hierarchisiert Menschen: auf staatlicher, institutioneller und zwischenmenschlicher Ebene. Er äußert sich in Strukturen und im Alltag, wirkt sich auf Verhalten, Erleben und das Selbst von den von

Rassismus betroffenen Menschen aus. Was auf den ersten Blick nicht immer als Gewalt erkennbar ist, kann zu einer langwierigen und schmerzhaften Erfahrung führen. Viele Betroffene kennen sogenannte rassistische Mikroaggressionen als Teil ihrer Biographie, welche sich auf vielfältige Weise äußern und einschreiben. Der Psychologe *Derald Wing Sue* (2010) definiert rassistische Mikroaggressionen als “brief and everyday slights, insults, indignities and denigrating messages sent to people of color by well-intentioned White people who are unaware of the hidden messages being communicated.” Rassistischen Mikroaggressionen ist gemein, dass sie als alltägliches Erlebnis in der zwischenmenschlichen, medialen und symbolischen Kommunikation auftreten und von der Mehrheitsgesellschaft als nicht gewaltvoll verkannt werden. Beispiele hierfür sind wohlmeinende Kommentare über gute Deutschkenntnisse oder das vermeintliche Interesse an der Herkunftskultur, aber auch sogenannte verdachtsunabhängige Personenkontrollen, die sich in der Praxis häufig als rassistische Personenkontrollen erweisen.

Die Folgen dieser Mikroaggressionen können mitunter bedeutende Einschnitte für die psychische Gesundheit, Arbeits- oder Schulleistung, Qualität zwischenmenschlicher Erfahrungen und den Lebensstandard hervorrufen (vgl. ebd.). Insbesondere bei subtilen, aber häufig auftretenden Formen von Rassismus muss davon ausgegangen werden, dass sich negative Konsequenzen für die (Er-)Lebensqualität der Betroffenen ergibt, da die Herkunft des →

eigenen Unwohlseins nicht immer bewusst und benennbar erscheint und somit keine Abwehrfläche bietet. Betroffene berichten von dem latenten, aber konstanten Gefühl, als die „anderen“ Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden, denen mit Misstrauen begegnet wird. Eng damit verwoben, wird bei Betroffenen von Rassismus ein ausgeprägtes Schuld- und Schamempfinden im Zusammenhang mit den erlebten Erfahrungen festgestellt. Aufgrund der sozialen Umwelt einer weißen Mehrheitsgesellschaft ist die Wahrscheinlichkeit der Unsichtbarmachung dieser subtilen Form der Diskriminierung hoch. Die Erfahrungen von Betroffenen – sofern sie diese überhaupt verbalisieren können – werden häufig durch Reaktionen wie „das ist sicher nicht rassistisch gemeint“, „du reagierst empfindlich“ oder „das ist doch ein Kompliment“ bagatellisiert und abgewehrt. Die Folgen für Betroffene können sich in nicht lokalisierbaren starken emotionalen Zuständen äußern wie z. B. Frustration und Ärger, einem erhöhten Nervositäts- und Erregungsgefühl und körperlichen Krankheitssymptomen. Diese Reaktionsmuster von Betroffenen erinnern stark an typische Traumareaktionen und erfüllen zum Teil die Symptomvoraussetzungen einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS). Studien wie die von Robert T. Carter (2006) zeigen, dass „race-based traumatic stress“ im Falle eines hinzukommenden bedrohlichen Ereignisses zu einer Traumatisierung führen und das Ausbilden einer PTBS befördern können. Rassistische Gewaltakte wie z. B. körperliche Übergriffe, rassistisches Mobbing oder Polizeigewalt können solche Ereignisse darstellen.

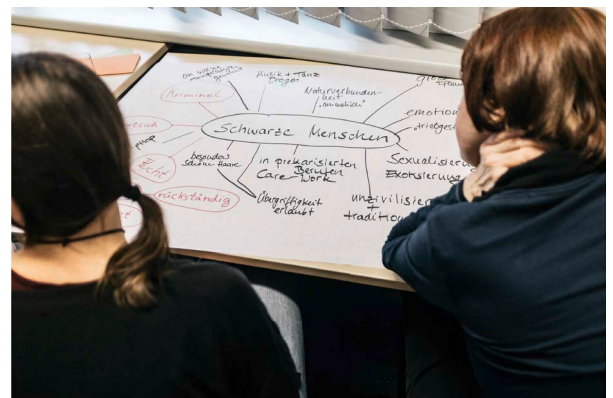
Rassismus als gesellschaftliche Dimension – Schlüsse und Herausforderungen für die Beratung von Betroffenen

Die spezifischen Bedarfe der Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt jenseits bestehender Angebote für andere Opfer- und Betroffenengruppen sind im Aufbau der Beratungsstelle *response* vor allem durch die konkrete Zusammenarbeit mit Betroffenen sichtbar geworden: Sie müssen mit der Spezifik rechter und rassistischer Gewalt und ihren teils gravierenden Folgen verknüpft werden.

„In rechten Gewalttaten drücken sich bestimmte, historisch gewachsene und gesellschaftlich verbreitete Ausgrenzungsideologien aus“, heißt es in den Qualitätsstandards des VBRG, an denen sich auch *response* orientiert. „Die Betroffenen werden nicht nur als Individuen, sondern als Repräsentant*innen einer abgewerteten Gruppe angegriffen. Es handelt sich nicht um willkürliche, ziellose oder jugendtypische Gewalt, der jede*r zum Opfer fallen kann.

Die Angreifer*innen haben (...) mindestens Fragmente einer rechten Ideologie internalisiert, die für die Begehung der Tat und die Auswahl der Betroffenen ausschlaggebend ist.“ (VBRG 2015, S. 4 f.) Im Zuge des erstarkenden Rechtspopulismus werden Aspekte dieser Ideologie auch bei Täter/-innen und Akteurinnen/Akteuren populär und wirksam, die nicht der extremen Rechten zuzuordnen sind (vgl. etwa Decker/Kiess/Brähler 2016).

Rechte Taten sind Botschaftstaten. Täter/-innen fühlen sich häufig gesellschaftlich legitimiert. Sie bedrohen nicht nur die Angegriffenen, sondern mit ihrer Tat auch alle, die der gleichen (konstruierten) Gruppe zugeschrieben werden. Daraus folgt, dass die Beratung den gesellschaftlichen Kontext rechter und rassistischer Gewalt berücksichtigen und entsprechende Kenntnisse aufweisen muss – das heißt konkret etwa ein kompetenter Umgang mit Alltagsrassismus sowie mit struktureller und institutioneller Diskriminierung. Eine Spezifik der Zielgruppe, der zusätzlich Rechnung zu tragen ist, sind Zugangsbarrieren der Betroffenen zu Ressourcen, die unmittelbar mit Diskri-



Fachtagung der Beratungsstelle *response* Foto: F. Schmitt

minierungserfahrungen zusammenhängen. Diese alltags- und lebensweltlichen Kontexte sind sehr bedeutsam für die Verarbeitung der Taten und ihrer Folgen – und müssen auch als Beratungskontext gelten.

Folglich bedarf die Beratung für Betroffene rechter Gewalt einer multiperspektivischen und rassismuskritischen Perspektive, die sowohl die psychologischen und sozialen Prozesse von Opferwerdung, als auch den gesellschaftlichen Umgang mit rassistischer Diskriminierung und Gewalt als Handlungskontext berücksichtigen muss. Zugang zu Hilfeleistungen und zu strafrechtlichen Möglichkeiten sowie eine psychologische Hilfe reichen nicht aus. Die gesellschaftliche Dimension von Rassismus, die untrennbar

mit den Verarbeitungsmöglichkeiten Betroffener verknüpft ist – wie die Wirkungsweisen rassistischer Mikroaggressionen zeigen –, verleiht der Beratung Betroffener eine gesellschaftspolitische Dimension. Damit erweitert sich der Fokus von der Arbeit mit dem Individuum auf das System, in dem es sich bewegt. Dieses wiederum erstreckt sich vom direkten sozialen Umfeld über Helfersysteme, Behörden und Institutionen bis hin zur Zivilgesellschaft. So müssen die Wirkräume der Beratungsarbeit auch mehrdimensional gedacht werden: Die Arbeit mit dem Individuum muss

Zeitgleich mit dem Erstarren des Rechtspopulismus nehmen anti-muslimische und rassistische Bilder und Argumente in der Öffentlichkeit zu.

Ausgrenzungserfahrungen und alltäglich erlebte Mikroaggressionen als Risikofaktor für die Verarbeitung von Gewalterfahrungen mitdenken. Ebenso stellt die Erkenntnis, dass rassistische Alltagserfahrungen traumatische Folgen haben können, das enge Verständnis eines Gewaltvorfalls in Frage. Nicht nur strafrechtlich relevante Fälle stellen Beratungsfälle dar. Es wird immer wieder Beratung angefragt, im Rahmen derer es um die als schmerzliche Gewalt erlebten Alltagserfahrungen geht. Gerade diese sind in der öffentlichen Wahrnehmung quasi unsichtbar und brauchen immer wieder Rechtfertigung für Unterstützung. Nicht zuletzt ist eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke zur Unterstützung von Betroffenen notwendig, die gleichermaßen die Schaffung eines Bewusstseins für ihre Perspektiven und Bedarfe in Politik und Verwaltung anstrebt – und zwar unabhängig von Erfolg oder Misserfolgen rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2017

response ●

Beratung für Betroffene von
rechter und rassistischer Gewalt

Ein Angebot der Bildungsstätte Anne Frank

Zu den Autorinnen



Eva Berendsen, Dipl.-Pol., hat Politikwissenschaften, VWL und Friedens- und Konfliktforschung in Marburg studiert. Für ihre Diplomarbeit „Geschlechterkonstruktionen im Neoliberalismus“ wurde sie mit dem Nachwuchspreis des Netzwerks feministischer Ökonominen efasausgezeichnet. Nach einem Redaktionsvolontariat bei der F.A.Z. ist sie bei der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Sonderausstellungen und Veranstaltungen zuständig. Als freie Journalistin schreibt sie vorzugsweise über Geschlechterforschung und -politik sowie Phänomene des Zeitgeists.

EBerendsen@bs-anne-frank.de



Olivia Sarma, M.A., hat Kulturanthropologie, Europäische Ethnologie und Romanistik in Frankfurt am Main studiert. Nach jahrelanger freiberuflicher Tätigkeit in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung hat sie sich als Trainerin und Beraterin in der Migrationsgesellschaft weitergebildet und arbeitet seit 2011 mit einem rassistismuskritischen Schwerpunkt in Bildung und Beratung. Seit 2015 leitet sie in der Bildungsstätte Anne Frank die Beratungsstelle „response. für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt“.

osarma@bs-anne-frank.de

Literatur

Carter, Robert T. (2007): Racism and psychological and emotional Injury: Recognizing and assessing race-based traumatic stress. In: The Counseling Psychologist, 35(1), pp. 13–105

Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Leipzig: Psychosozial-Verlag

Foroutan, Naika (2015): Die Einheit der Verschiedenen: Integration in der postmigrantischen Gesellschaft. In: focus Migration 28. Kurzdossier. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Kraske, Michael (2017): Eine medial ignorierte Unerträglichkeit. In: Journalist 05/2017, S. 17–22

Sue, Derald Wing (2010): Racial microaggressions in everyday life: Is subtle bias harmless?; www.psychologytoday.com/blog/microaggressions-in-everyday-life/201010/racial-microaggressions-in-everyday-life

VBRG e. V. – Bundesverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Hrsg.) (2015): Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland. Qualitätsstandards für eine professionelle Unterstützung. Berlin: VBRG e. V.